



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

4 / 2009

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Unser Direktkandidat für den Bundestag:

Wolfgang Nešković



In unserer Mitgliederversammlung am 04. April 2009 wurde Wolfgang Nešković als Direktkandidat für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 27.09. 2009 für den Wahlkreis 65 (Cottbus/Spree-Nei-

ße) nominiert. Der Richter am Bundesgerichtshof a.D. wurde 1948 in Lübeck geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Seit 2005 ist W. Nešković Mitglied des Bundestages. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE und stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses.

Das Aktionsprogramm der LINKEN zur Überwindung der Krise »Schutzschirm für Menschen« sowie deren Forderungen für ein neues, effektiveres und gerechte-

res Steuersystem wurden auf dieser Veranstaltung ebenfalls vorgestellt.

(Zu diesem Thema äußerte sich auch der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch in seiner Erklärung zur Arbeitsmarktsituation im Monat März: DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für Millionen statt Milliarden für Millionäre.

Dazu gehört:

- Verlängerung des Arbeitslosengeldes I, um das Abrutschen von Tausenden in Hartz IV zu verhindern;
- Schaffung von 1 Million Arbeitsplätzen im öffentlichen Beschäftigungssektor;
- ein Mindestlohn von mehr als 8 Euro und die Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes, um die Kaufkraft zu stärken.

Das Geld zur Finanzierung ist da, nur der Regierung fehlt es am Willen, beispielsweise für eine Millionärssteuer von 5 %.) Über die Wahlkampfstrategie der LINKEN

für die Europawahl am 7. Juni 2009 unter dem Motto »Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für ein anderes Europa!« informierte MdL Matthias Loehr. Wir halten ein anderes Europa für möglich, wenn es gelingt, die Politik und die Entwicklung der EU zu verändern, sie am Frieden und zivilen Konfliktlösungen sowie an Demokratie, Gleichstellung der Geschlechter, an sozialer Sicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit und an einer Wirtschaft, die den Menschen dient, zu orientieren. Was Abgeordnete der LINKEN im Europaparlament bisher getan und bewirkt haben und welche konkreten Ziele weiterhin angestrebt werden, finden Sie unter www.die-linke-europa.de und in Informationsmaterialien in unserer Geschäftsstelle am Max-Seydewitz-Platz oder an unserem Infostand am 1. Mai. Überzeugen Sie sich, dass mehr Abgeordnete der LINKEN dem Europaparlament gut tun und halten Sie den 7. Juni in Ihrem Terminplan fest oder ziehen Sie auch die Möglichkeit der Briefwahl in Betracht. **Redaktion**

Wie leben mit Hartz IV? – Eine Veranstaltung der AG »Soziales«

Am 24.03.2009 veranstaltete die AG »Soziales« der LINKEN einen offenen Diskussionsabend zum Thema: »Vier Jahre nach Einführung von Hartz IV – was hat sich verändert und was muss verändert werden?«

Dass eine Diskussion zum Hartz-IV-Gesetz dringend notwendig war und ist, bezeugten die sehr zahlreich erschienenen Interessenten und Betroffenen. Als Podiumsgäste hatte sich die AG »Soziales« kompetente Gäste eingeladen. So kamen die gesundheitspolitische Sprecherin der Links-Fraktion im Landtag Brandenburg, Birgit Wöllert, der Referent für Arbeitspolitik der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Dr. Wolfgang Erlebach, der Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Lausitz der LINKEN, Diethelm Pagel, der Rechtsanwalt, Michael Elte und der Betroffene, Uwe Neuer, als sachkundige Gesprächspartner für ALG-II-Bezieher/-innen und Interessenten.

Weitere Gäste waren der Bürgermeister der Stadt Forst, Jürgen Goldschmidt, und der Leiter des Eigenbetriebes Grundsicherung für Arbeitssuchende

des Landkreises Spree-Neiße, Hermann Kostrewa, sowie die Justitiarin des Eigenbetriebes, Frau Szramek.

➤ Seite 2



Schorschels Stadtgeflüster

Hällöchen, liebe Malxe-Blatt-Leser!

Ich der Schorschel, Fast-Forster und eingefleischter Ossimist, werde mit Euch an dieser Stelle ab sofort regelmäßig ein bisschen plaudern, über dies und jenes, über Kreisel und Mächte-gern-Helden, über Tratsch und Klatsch und Wahrheiten aus unserer Stadt.

In diesen Wochen und Monaten häufen sich ja in fast allen Medien die Berichte und Erinnerungen über die ehemalige DDR und unser damaliges Leben, wobei mir diese Berichte so vorkommen, als ob in einer Reportage über den FC Bayern München nur Fans von Schalke 04 zu Wort kommen. Wir dagegen wollen mit einem weinenden und einem lachenden Auge durch die Straßen von Forst streifen, so manches Problem aufspießen, dieses auf die Schippe nehmen und uns manchmal gleich mit dazu, und natürlich werden wir auch auf Gerüchte und Meinungen nicht verzichten. Wie z.B. auf die Meinung eines gepflegten Herrn, der in Sorge ist, dass nach der Beendigung des abreißenden (Entschuldigung) natürlich des mitreißenden Stadtumbaus unser Forst nur noch aus dem Kreisel, dem Rathaus und gestalteten Freiflächen besteht. Also Tschüss bis zur nächsten Ausgabe und immer daran denken, nicht jeder 60. Geburtstag ist ein Heldengedenktag, auch nicht im Spree-Neiße-Kreis!

Euer Schorschel

Wie leben mit ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Nach der Begrüßung der Gäste und Zuhörer durch die Ortsvorsitzende und Moderatorin des Diskussionsabends, Anke Schwarzenberg, berichtete Birgit Wöllert über die Lebenslagen in Brandenburg. Daran anschließend sprach Diethelm Pagel über die Lebenssituationen im Spree-Neiße-Kreis und in der Stadt Forst. Er beklagte den anhaltenden Wegzug junger Menschen, die aufgrund der sehr schlechten Arbeitsmarktsituation in der Region diese verließen.

Sehr aufschlussreich waren dann die Schlussfolgerungen aus der Rechtsberatung zu Problemen mit dem ALG II durch den Rechtsanwalt Michael Elte. Nach seiner Erfahrung sind vor allem die Wohnkosten ein Beratungsschwerpunkt. So stellte er die Frage: »Hält die Unterkunftsrichtlinie einer rechtlichen Prüfung stand?« Er machte auch noch einmal klar, dass die Eingliederungsvereinbarung zwischen dem Eigenbetrieb Grundsicherung und dem Leistungsempfänger eine wechselseitige Vereinbarung ist und sein muss und keine einseitige des Landkreises. Weiter bemängelte er die ungerechten Sanktionen gegenüber den Betroffenen und bemerkte in Richtung Eigenbetrieb, dass die Tafel oder die Diakonie nicht der verlängerte Arm des Sozialamtes sein können. Sein Ausblick in Hinsicht der zu erwartenden Entwicklung hinsichtlich des ALG II war sehr pessimistisch.

Im Anschluss zeigte der Betroffene Uwe Neuer eine Präsentation, die die gesammelten Erfahrungen der Leistungsempfänger im Umgang mit den Mitarbeitern

des Eigenbetriebes Grundsicherung für Arbeitssuchende aufzeigte. Der sehr gut recherchierte und vorgetragene Bericht wurde von den betroffenen Zuhörern mit heftigem Kopfnicken begleitet.

So fassten sehr viele Besucher der Veranstaltung den Mut, direkte Fragen an den Sozialdezernenten des Landkreises Spree-Neiße und Leiter des Eigenbetriebes Grundsicherung, Hermann Kostrewa, sowie an den Bürgermeister, Jürgen Goldschmidt, zu stellen. Eine sehr häufig gestellte Frage war die des Datenschutzes gegenüber den Leistungsempfängern.

Für große Empörung im Saal sorgte die Justiziarin, Frau Szramek, mit der Aussage zur Datenschutzauslegung und mit der Begründung, weshalb zwei Sachbearbeiter in einem Büro arbeiten müssten. Sie führte dafür sicherheitstechnische Maßnahmen an und verglich den Eigenbetrieb Grundsicherung mit dem Arbeitsamt Neukölln, wo es zu massiven Übergriffen auf die Sachbearbeiter gekommen war. Die Empörung der Zuhörer nahm die Moderatorin Anke Schwarzenberg auf und erklärte, dass so ein Vergleich völlig fehl am Platze sei und den Betroffenen mit einer derartigen Aussage unrecht zuteil werde. Zusammengefasst beklagten alle Betroffenen die Diskriminierung, die Unfreundlichkeit, die Inkompetenz und den fehlenden Service. Junge alleinerziehende Mütter berichteten als Leistungsempfängerinnen von der unzureichenden Möglichkeit der Kinderbetreuung in den Kitas, sodass sie oftmals aus diesem Grunde keine Arbeit aufnehmen können.

Bürgermeister Goldschmidt sprach sich für den Erhalt aller sich in der Stadt befindlichen Kitas aus, auch wolle er für eine beitragsfreie Betreuung kämpfen. Hermann Kostrewa kündigte interne Beratungen in der Verwaltung an, um die angesprochenen Probleme zu lösen. Zum Ende der Veranstaltung wurden die Podiumsgäste von der Moderatorin um Schlussfolgerungen für die zukünftige politische Arbeit hinsichtlich der Problematik Hartz IV befragt.

Dr. Erlebach sagte, Grundsicherung muss armutsfest sein und Kinder sollen stärkere Berücksichtigung finden. Birgit Wöllert hob hervor, dass das SGB II nicht die Lösung der Arbeitslosigkeit ist und dass es eine Beseitigung des Verteilungsproblems geben muss.

Uwe Neuer regte eine Verbesserung des Dialogs mit den Sachbearbeitern an. Für den Rechtsanwalt Elte war diese Veranstaltung eine erste Bestandsaufnahme zu einem schlecht gemachten Gesetz.

Abschließend erklärte Diethelm Pagel, die Bundesrepublik habe nicht zu wenig Geld. Wenn man bedenkt, wie schnell die Hilfe den Banken und Konzernen zuteil wurde, dann sollte auch für alle Arbeitssuchenden eine Verbesserung der Situation möglich sein. **A. Beckmann**

»AG Soziales« der LINKEN

Der gläserne Politiker



Im Hygienemuseum Dresden ist ein gläserner Mensch ausgestellt. Jeder kann sich diesen Menschen anschauen und sein Wissen zum Inneren des Menschen vervollkommen.

Der einzelne Bürger wurde in der Zwischenzeit auch gläsern. Erhebliche gesetzliche Regelungen für die verschiedensten Einrichtungen, wie Finanzamt, Banken, Arbeitsamt, Eigenbetrieb und neuerdings auch durch die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte machen das möglich. Das läuft alles unabhängig vom Willen des Bürgers ab. Es wird niemand von uns gefragt, alles wird gesetzlich geregelt und sanktioniert.

Eine Ausnahme bilden aber die Politiker. Sowohl Bundes-, Landes- und auch Kommunalpolitiker sind nicht in jedem Fall verpflichtet, ihre Einkommensverhältnisse offenzulegen. Befangenheiten, Abhängigkeiten und Vernetzungen werden damit für den Wähler nicht sichtbar.

In der neuen Kommunalverfassung des

Landes Brandenburg gibt es den § 31 (3), in dem es heißt:

»Die Gemeindevertreter haben dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung ihren Beruf sowie andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten mitzuteilen, soweit dies für die Ausübung ihres Mandates von Bedeutung sein kann. Die Angaben können zu Zwecken, die im Zusammenhang mit den Aufgaben der Gemeindevertreter stehen, gespeichert und genutzt werden. Der ausgeübte Beruf sowie andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten können allgemein bekannt gemacht werden. Die näheren Einzelheiten regelt die Hauptsatzung. ...«

Entsprechend dieser Regelung stellten wir den Antrag, in der Hauptsatzung zu regeln, dass diese Daten im Amtsblatt zu veröffentlichten sind.

Unser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Man fragt sich, wer hat hier was zu verbergen – oder wie soll man sonst diese Ablehnung verstehen?!

Anke Schwarzenberg,
Stadtverordnete



In die Röhre geschaut

Auch in Zukunft wird es leider keine Übertragung der Stadtverordnetenversammlungen im lokalen Fernsehen geben.

Nach über fünfjähriger Diskussion gibt es jetzt eine Geschäftsordnung, die Übertragungen bei Einhaltung bestimmter Regeln erlaubt, aber der Vertreter des Stadtfernsehens hat diesen Kompromiss nach anfänglicher Zustimmung mit der Begründung, dass der Stadtkanal sich in seiner Berichterstattung nicht vorschreiben lassen werde, welche Teile der Sitzung in voller Länge übertragen werden sollen, abgelehnt. Unsere Fraktion war immer für eine uneingeschränkte Berichterstattung ohne Vorgaben. Die neue Kommunalverfassung belässt aber den Stadtverordneten das Recht, eine Übertragung abzulehnen. Nur eine Regelung in der Geschäftsordnung kann Sicherheit für die kommenden fünf Jahre schaffen. Die anderen Fraktionen waren bei der Erarbeitung dieser Geschäftsordnung

nur zu einem Kompromiss bereit. Der Vertreter des Stadtkanals, mit dem uns eigentlich eine gute Zusammenarbeit verbindet, war bei einem gemeinsamen Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden mit diesem Konzept einverstanden. Nachdem dann vermutlich vor allem die »Lausitzer Rundschau« Druck entfaltete und von Einschränkung der Pressefreiheit sprach, änderte sich die Situation. Plötzlich war der ausgehandelte Kompromiss nicht mehr vertretbar. Sollten hier etwa die Interessen der LR durchgesetzt werden, da diese als einzige Tageszeitung in der Region das Informationsmonopol in der Stadt behalten will? Ihre oft sehr eigenwillige Sicht auf die Inhalte widerspiegelt selten den wirklichen Verlauf der Sitzungen unserer Stadtverordneten.

Ich sage es noch einmal unmissverständlich, wir wollen die völlig freie Übertragung der Sitzungen der SVV in allen öffentlichen Medien, wenn aber eine Mehrheit der Mitglieder der SVV dies nicht mitträgt, wäre der jetzige Kompromiss immer noch besser als gar keine Übertragung. Wir sind aber weiterhin jederzeit bereit, zur Lösung des Problems beizutragen, allerdings muss sich dann auch die andere Seite im Interesse unserer Forster Bürger »bewegen«.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der SVV Forst

Spruch des Monats

»Unter den Teppich kehren
heißt nicht reinen Tisch machen.«

Klaus Klages

Weitere Infos zur Arbeit unserer Abgeordneten der SVV Forst: www.dielinke-lausitz.de

Erfolgreiches Wochenendseminar

Unter dem Motto »Was ist und was will DIE LINKE?« fand in der Zeit vom 14. zum 15. März ein Wochenendseminar in Werder/OT Töplitz statt. Hierzu hatte der Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit Reinhard Frank (DIE LINKE.) geladen. Unter den Teilnehmern befanden sich Neumitglieder unserer Partei aus allen Altersklassen und vielen Kreisverbänden des Landes Brandenburg.

Im Verlauf des Seminars wurde neben einem kurzen Abriss der jüngeren Geschichte der Partei DIE LINKE und dem Aufbau unserer Satzung besonders über Mitwirkungs-

möglichkeiten in den Ortsgruppen und Kreisverbänden gesprochen. Selbstverständlich kamen auch aktuelle Themen wie die Europawahl und die anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen nicht zu kurz. Zu besonders angeregten Diskussionen bis spät in die Nacht führten Themen wie Hartz IV und das aktuelle Konjunkturpaket der Bundesregierung.

Am Ende des Wochenendseminars waren alle Teilnehmer voller Energie für die bevorstehenden Aufgaben in den Basisorganisationen.

Robert Otto,
Seminarteilnehmer KV Lausitz/OV Forst

Reichtum und Strafrecht

Ein tragendes Grundprinzip der rechtsstaatlichen Demokratie ist die Gleichheit vor dem Gesetz. Dieses Grundprinzip ist im Strafrecht nur unzureichend verwirklicht. Besonders deutlich wird dies, wenn in spektakulären Fällen von Wirtschaftskriminalität gut betuchte Täter einen »Deal« mit dem Gericht schließen.

Wirtschaftskriminelle können über einen »Deal« in der Regel – ganz egal, wie hoch der angerichtete Schaden ist – eine Einstellung des Verfahrens erreichen. Höchstens droht ihnen einmal eine Bewährungsstrafe. Im Bereich der sogenannten Bagatelldelinquenz (Schwarzfahren, Laden-

diebstahl etc.) findet dagegen eine unnachgiebige Strafverfolgung statt.

Eine Ungleichbehandlung lässt sich aber auch in anderen Bereichen des Strafrechts feststellen. Den Deutschen Bundestag beschäftigte die Frage, wie hoch bei einer Geldstrafe ein einzelner Tagessatz sein kann. Bisher lag diese Höchstgrenze bei 5.000 Euro. Die Regierungsparteien wollen in ihrem Gesetzentwurf eine Anhebung auf 30.000 Euro. DIE LINKE hat sich zu dem Gesetzentwurf enthalten, weil nicht einsichtig ist, warum es überhaupt eine Obergrenze gibt und weiter geben soll. Richtig wäre deren ersatzlose Streichung

Kranzniederlegung

Am Samstag, dem 9. Mai, findet um 11:00 Uhr auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof eine Gedenkveranstaltung zum 64. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Armee der Antihitlerkoalition und der Beendigung des 2. Weltkrieges statt. Es spricht Friedel Seydewitz (Sohn von Max Seydewitz).

Auf einer kleinen Bank vor einer großen Bank

Zur bleibenden Erinnerung
an den Juli 1931

Worauf mag die Gabe des Fleißes,
die der Deutsche besitzt, beruhen?
Deutsch sein heißt (der Deutsch weiß es)
Dinge um ihrer selbst willen tun.

Wenn er spart, dann nicht deswegen,
dass er später davon was hat.
Nein, ach nein! Geld hinterlegen
findet ohne Absicht statt.

Uns erfreut das bloße Sparen.
Geld persönlich macht nicht froh.
Regelmäßig nach paar Jahren
klaut ihr's uns ja sowieso.

Nehmt denn hin, was wir ersparten!
Und verludert's dann und wann!
Und erfindet noch paar Arten,
wie man pleite gehen kann!

Wieder ist es Euch gelungen.
Wieder sind wir auf dem Hund.
Unser Geld hat ausgerungen.
Ihr seid hoffentlich gesund.

Heiter stehn wir vor den Banken.
Armut ist der Mühe Lohn.
Bitte, bitte, nichts zu danken!
Keine Angst, wir gehen schon.

Und empfindet keine Reue!
Leider wurdet Ihr ertappt.
Doch wir halten Euch die Treue.
Und dann sparen wir aufs neue,
bis es wieder mal so klappt.

Erich Kästner, 1931

gewesen. Das Gericht berechnet die Höhe eines Tagessatzes auf der Grundlage des durchschnittlichen Tageseinkommens des Täters. Damit soll erreicht werden, dass der »Reiche« durch die Strafe möglichst gleich hart getroffen wird wie der »Arme.« Dieses Ziel – das haben die Regierungsparteien zutreffend erkannt – ist mit einem Höchstbetrag von 5.000 Euro nicht zu erreichen. Seltsam ist nur, dass die Erkenntnisbereitschaft der Regierung bei 30.000 Euro endet. Denn es gibt auch Menschen, die mehr als 30.000 Euro pro Tag verdienen, besser gesagt: erhalten. Dass diese Menschen nicht auch die Strafe bekommen, die ihrem Einkommen entspräche, ist zutiefst empörend. **Wolfgang Nešković, MdB,**
Richter am Bundesgerichtshof a. D.

Petra Paus Newsletter

Überraschung – mancher über den Rechtsextremismus überrascht

**Laut einer Studie des Kriminologischen Instituts
Niedersachsen sind regional bis zu 17 Prozent
der männlichen Jugendlichen rechtsextrem eingestellt.**

Niemanden, der sich ernsthaft mit Rechtsextremismus und Rassismus befasst, kann dieser Befund überraschen. Insofern überrascht mich die Überraschung mancher Politiker. Entscheidender ist allerdings die Frage, was politisch dagegen getan wird. Und zwar von allen politischen Ressorts. Denn so lange Rechtsextremismus vorrangig als Angelegenheit der Innen- oder Justizpolitik angesehen wird, so lange bleibt das Problem unterschätzt.

DIE LINKE fordert seit langem eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Denn ohne stimmige Analyse gibt es auch keine passfähigen Gegenstrategien.

DIE LINKE fordert zudem eine Beauftragung des Bundes-

tages gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Denn ohne Bündelung aller politischen Ressourcen verharret der Kampf gegen Rechtsextremismus an der Oberfläche.

Merkel und Steinmeier – zwei Fälle für Schäuble

**Wer häufiger Gäste aus dem nicht EU-Gebiet einlädt,
soll künftig in einer zentralen Warn-Datei erfasst werden.**

Wer weltweit Kontakte pflegt, gilt demnächst von Staats wegen als verdächtig und soll daher in einer zentralen Einladungs-Warn-Datei erfasst werden. Das wiederum wäre ein weiterer Baustein, weg vom demokratischen Rechtsstaat, hin zum präventiven Sicherheitsstaat, andere sprechen vom Überwachungsstaat.

Neben Kirchen, Verbänden, Vereinen oder Universitäten dürfte dieser Generalverdacht vor allem Bundeskanzlerin Merkel und Bundesaußenminister Steinmeier selbst treffen. Denn nach der inneren Logik der Bundesregierung müssten beide ob ihrer weltweiten Kontakte als besonders gefährlich gelten. Zwei besondere Fälle für Bundesinnenminister Schäuble!

*(Petra Pau ist Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE
und im Innenausschuss)*

PINNWAND

Termine

(jeweils 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle Berliner Str. 22)

- Do., 23.04.: **Beratung des Ortsvorstandes**
- Di., 28.04.: **Fraktionssitzung SVV**
- Mo., 04.05.: **AG »Malxe-Blatt«**
- Mi., 06.05.: **AG »Soziales« der Linken**
- Di., 12.05.: **Fraktionssitzung SVV**

Informationsveranstaltungen für alle Interessierten am 22. April 2009

um 19 Uhr im Stadthaus Cottbus
Klaus Ernst, stellv. Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE
im Deutschen Bundestag,
spricht zur Rentenfragen

12. Mai 2009,

18 Uhr,
»Brandenburger Hof«
in Cottbus

Helmut Schulz,
Kandidat auf der Liste
der LINKEN zur Wahl
zum Europaparlament,
spricht zur
Europapolitik

Geburtstage

- 20.04.: 75 Jahre, Genn. Gertraud Mahling
- 21.04.: 84 Jahre, Genn. Ingetraud Daniels
- 01.05.: 86 Jahre, Gen. Helmut Kleiber
- 10.05.: 68 Jahre, Gen. Eugen Rudolph
- 13.05.: 90 Jahre, Genn. Elisabeth David

*Herzlichen Glückwunsch
den Jubilaren!*

1. Mai in Forst

9 Uhr Parkplatz Aldi: **Treffpunkt zum Autocorso**
10 Uhr Max-Seydewitz-Platz: **Maifeier**

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät **am 20.04. und 04.05.09**, ab 10 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 €.



Aus Eulenspiegel Nr. 4/09

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.